



Auswärtiges Amt

C·A·P



BALKAN FORUM

*„Regionale Kooperation und europäische Integration des
Westbalkans“*

3. Sitzung, Berlin, 13. Mai 2002

Gutachten

Bi- und multinationale Politische Kooperation auf dem Westbalkan

von Dr. Florian Bieber
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Kooperationsveranstaltung:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Centrum für angewandte Politikforschung, München
Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin

Bi- und multinationale Politische Kooperation auf dem Westbalkan

Regionale Kooperation ist seit Ende des Bosnienkrieges und verstärkt nach dem Krieg im Kosovo ein Schlüsselbegriff in den Bemühungen der Europäischen Union die Staaten des ehemaligen Jugoslawien an die EU heranzuführen und zu einer Überwindung extremen Nationalismus beizutragen. In Debatten zu regionaler Kooperation geraten die eigentlichen Gründe für die Förderung dieser Form der Zusammenarbeit in Vergessenheit, was eine Einschätzung verschiedener Kooperationsformen erschwert. Insgesamt stehen drei Grundannahmen in Vordergrund:

1. Kooperation überwindet Nationalismus

Da die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien großteils durch extremen Nationalismus bedingt wurden, gilt es diese Form des Nationalismus zurückzudrängen. Da sich dieser Nationalismus durch Isolation von Nachbarn (und anderen Staaten) auszeichnet wird Kooperation als Möglichkeit gesehen, langfristig zu einer Überwindung des Nationalismus beizutragen. Da Nationalismus, trotz seiner Mobilisierung durch politische und gesellschaftliche Eliten, ein Massenphänomen ist, muss auch Kooperation größere Bevölkerungsschichten erreichen, um wirksam zu sein.

2. Kooperation hat praktisch-wirtschaftliche Vorteile

Das Entstehen von kleineren Staaten in der Region, die einander oftmals antagonistisch gegenüberstehen, wird allgemein als konträr zum wirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung dieser Länder eingeschätzt. Kooperation im wirtschaftlichen Bereich, bzw. durch den Abbau von wirtschaftlichen Hindernissen, soll der Fragmentierung wirtschaftlicher (und auch politischer) Räume entgegenwirken.

3. Dauer Europäischer Integration

Obwohl mittlerweile alle Staaten Südosteuropas eine Mitgliedschaft im europäischen Integrationsprozess (EU, NATO) anstreben, bietet dieser Prozess lediglich eine langfristige Perspektive für die Länder der Region. In Abwesenheit einer baldigen Beitrittsperspektive gilt es alternative Kooperationsformen zu pflegen. Der Erfolg dieser Kooperation hängt jedoch davon ab, ob diese als *Ersatz* oder als *Etappe* europäischer Integration in den Ländern empfunden werden.

Mangel an Kooperation und Bewusstsein in der Bevölkerung

Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa ist in der Vergangenheit meist ein Elitenprojekt gewesen. Nur wenige Parteien und Politiker haben aktiv für regionale Kooperation geworben, stattdessen hat oftmals die Abkapselung von benachbarten Staaten und Entitäten eine Hauptrolle gespielt. Auch nicht-staatliche Zusammenarbeit durch zivilgesellschaftliche Akteure berührte die Mehrheit der Bevölkerung meist nur wenig (Ausnahme: Asphalt/Education/Oil for Democracy in Serbien 1999/2000). Die einzige Form von Integration, die ein breites, meist positives Bewusstsein besitzt ist europäische Integration. Dem steht gegenüber, dass große Bevölkerungsschichten durch die Abwesenheit regionaler Kooperation negativ betroffen sind. Die Nachteile lassen sich in drei Komponenten gliedern:

1. Benachteiligung durch die Abwesenheit des freien Personenverkehrs

Durch den Fortbestand von Visaregimes innerhalb Südosteuropas erschweren sich die Reisemöglichkeiten für einen Großteil der Bürger der Region (s. Tabelle 1). Da viele Bürger, nicht nur Minderheiten, persönliche grenzüberschreitende Kontakte besitzen, stellen die Visaanforderungen eine schwerwiegende Einschränkung in der Freizügigkeit von Personen dar. Da zahlreiche Grenzen vor 1991 nicht bestanden, macht sich deren Fortbestand als schwer überwindbare Hürden für viele Bürger besonders bemerkbar.

	Slowenien	Kroatien	Bosnien	Makedonien	Montenegro	BRJ/Serbien	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien
Slowenien		-	+	+	+	+	-	+	+	+
Kroatien	-		-	+	+	+	-	-	+	+
Bosnien	+	-		-	-	-	-	+	+	+
Makedonien	+	-	-		-	-	-	-	+	+
Montenegro	-	-	-	-		-	-	-	-	-
BRJ/ Serbien	+	+	-	-	-		-	+	+	+
Ungarn	-	-	+	+	-	-		-	-	+
Rumänien	+	-	+	-	+	+	-		-	+
Bulgarien	+	-	+	-	-	-	-	-		+
Albanien	+	+	+	+	+	+	+	+	+	

Tabelle 1: Visaregime in Südosteuropa¹

Wenn davon ausgegangen werden kann, dass eine Versöhnung und eine Kooperationswille in der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawiens nur aus der (Wieder)Herstellung persönlicher Kontakte heraus entstehen kann, so muss die Hürde als besonders schwerwiegend betrachtet werden.

2. Benachteiligung durch die Abwesenheit des freien Warenverkehrs

Ähnlich wie der freie Personenverkehr ist der Warenverkehr, trotz einiger Handelsabkommen in der Region, noch weitgehend durch formale Hürden und langsame Grenz- und Zollkontrollen, sowie andere Schikanen eingeschränkt.² Diese Hürden verlangsamten den wirtschaftlichen Wiederaufbau bzw. die Transformationsprozesse in der Region. Diese Hürden finden sich nicht nur auf zwischenstaatlicher Ebene, sondern auch innerhalb Staaten der Region (BRJ und Bosnien), so dass man davon ausgehen kann, dass die wirtschaftliche Zersplitterung weiter als die politische Fragmentierung fortgeschritten ist.³

¹ + = Visa benötigt, - = keine Visa benötigen. Adaptiert und angepasst von Nebojša Medojevic, „Serbian—Montenegrin relations and the free movement of people and goods,“ Florian Bieber, *Negotiation and Capacity Building in Montenegro, Workshop 2: Freedom of Movement, Budva, 25.1.2002* (March 2002), 24.

² Andere diskriminierende Maßnahmen finden sich häufig. So Verbot Kroatien im Januar 2002 beispielsweise den Transport von Ölprodukten durch Lastwagen. Dieser Entscheid betraf Bosnien, da dies ein Grossteil seines Öls per Lastwagen, die Kroatien passieren mussten, erhielt. Obwohl dieser Beschluss kurz darauf aufgehoben wurde, ist er symptomatisch für Hürden in der Freizügigkeit im Warenverkehr.

³ Das Abkommen zwischen Serbien und Montenegro z.B. sieht ein höheres Ausmaß an politischer Kooperation als wirtschaftlicher Annäherung vor.

3. Benachteiligung von Minderheit durch fehlende bzw. eingeschränkte Kontakte zum Mutterland

Minderheiten sind vom Mangel an Kooperation zwischen benachbarten Staaten oftmals besonders betroffen, da sie weiterhin in vielen Fällen in Funktion der bilateralen Beziehungen gesehen werden und nicht in erster Linie als Bürger des jeweiligen Staates. Kontakte mit dem Mutterland werden oftmals durch Schikanen und fehlende Kooperation behindert. So werden Minderheiten beispielsweise oftmals durch fehlende Anerkennung von Diplomen u.ä. davon abgehalten in ihrem Mutterland zu studieren.

Diese drei Aspekte der Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung Südosteuropas durch mangelnde regionale Kooperation steht geringes Wissen und Vertrauen in bestehende Kooperationsformen gegenüber. Während sich in der gesamten Region ein hohes Vertrauen in die EU findet, meist höher als andere internationale Organisationen, so rangiert der Stabilitätspakt meist auf dem letzten Platz. Gemäss einer Umfrage in der gesamten Region, die im Januar-Februar 2002 durchgeführt wurde, hat lediglich im Kosovo knapp die Hälfte der Befragten Vertrauen in den Stabilitätspakt. In den anderen Ländern und Territorien liegt der Anteil weit unter 30 Prozent (s. Tabelle 2). Der Stabilitätspakt, als prominenteste Beispiel regionaler Kooperation, ist ein Elitenprojekt, wie sich in der Umfrage dadurch zeigt, dass nur eine Minderheiten in allen Ländern angibt viel oder relativ viele Informationen über den Pakt gelesen oder gehört zu haben. Hierbei besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Vertrauen und Informationsgrad.

	Wissen ⁵	Vertrauen ⁶	Information ⁷	Vertrauen in EU
Kroatien	81,9	15,9	12,8	38,6
Bosn. Föderation	79,5	23,1	18,9	43,1
Republika Srpska	76,3	8,3	13,7	16,6
Serbien	85	12,7	10,8	30,8
Montenegro	83,2	26,1	11	39,1
Kosovo	79,5	49,9	38,9	72,1
Mazedonien	93,8	21,5	23,3	35,3

Tabelle 2: Einschätzung des Stabilitätspakts in der Bevölkerung (EU als Vergleich)⁴

Im Rahmen der Umfrage ist auffällig, dass weitaus mehr Befragte glauben, dass ihr Land versprochene internationale Hilfe durch den Stabilitätspakt erhalten wird, als dem Pakt vertrauen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Stabilitätspakt bisher nicht in der Lage war, das Vertrauen der Bevölkerung zu erringen. Hierin dürfte er symptomatisch für andere Formen regionaler Kooperation sein. Es wäre jedoch verfehlt, hieraus den Schluss zu ziehen, dass die Bevölkerung regionaler Kooperation generell ablehnend gegenüberstehen würde. Aus der bereits erwähnten Umfrage ergibt sich, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in den Staaten der Region eine engere Zusammenarbeit mit einer Mehrheit der anderen Staaten und Territorien sucht (s. Tabelle 3). Obwohl eindeutig hervorgeht, dass der größte Wille zur Zusammenarbeit meist zwischen Staaten zu finden ist, die aufgrund ihrer ethnischen Bevölkerungsstruktur sich einander ähneln und nicht aus wirtschaftlichen Gründen, so ist insgesamt der

⁴ IDEA, South Eastern Europe: New Means for Regional Analysis, <http://www.idea.int/balkans/index.htm>.

⁵ Bekanntheitsgrad des Stabilitätspaktes

⁶ Angaben der Befragten "großes Vertrauen" oder "gewisses Vertrauen" in den Pakt zu haben.

⁷ Angaben der Befragten "viel" oder "relativ viel" vom Stabilitätspakt gelesen oder gehört zu haben.

Kooperationswille auffällig. Bei insgesamt 49 verschiedenen Kombinationen fand sich nur in sieben Fällen eine Zustimmung zu engerer Zusammenarbeit von unter 50 %. Das größte Problem ergibt sich daraus, dass die größte Ablehnung meist in benachbarten Ländern und Territorien zu finden, deren Kooperation besonders sinnvoll und nötig erscheint (z.B. Kosovo-Serbien, Kroatien-Republika Srpska).

Kooperation mit Befragte	Albanien	Kroatien	Bosn. Föderation	Republika Srpska	Serbien	Montenegro	Kosovo	Mazedonien
Kroatien	56,2		76,2	36,9	38,5	54,9	49,1	65,4
Föderation Bosnien	52,6	87,8		71,5	65,1	64,1	56,7	63,1
Republika Srpska	19,7	61	60,9		95,5	87,5	39,5	70,9
Serbien	35,5	67,3	74,8	92		82,9	70,6	87
Montenegro	62,6	81,6	82,5	89,7	89,5		75,4	37,6
Kosovo	94,8	86,8	81,5	7,5	6,4	66		64,9
Mazedonien	57,3	92	81,5	83,3	88,6	91,4	50,7	

Tabelle 3: Unterstützung für mehr Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Region (in %)⁸

Formen der regionalen Kooperation

Aus der Betrachtung der Einschätzung der Bevölkerung der Region ergibt sich die Herausforderung, das offensichtlich die bisherige regionale Kooperation nicht den bestehenden Kooperationswillen reflektiert. Traditionell beschränkt sich das Verständnis regionaler Kooperation auf die Zusammenarbeit von Regierungen. Tatsächlich lassen sich jedoch eine Vielzahl von anderen Kooperationsformen identifizieren, die sowohl aufgrund ihrer bisherigen Aktivitäten, als auch aufgrund ihres Potentials zumindest als notwendige Ergänzung zu zwischenstaatlicher Kooperation in Betracht gezogen werden müssen.

Bei der regionalen Organisation ist zwischen Typen von Organisationen zu unterscheiden: 1. Organisationen, die auf zwischenstaatlicher Ebene organisiert und 2. Organisationen, die zwischen, meist einander angrenzenden, Regionen bestehen. Andere Formen regionale Kooperation umfassen Städtepartnerschaften, bilaterale Verträge, segmentale Kooperation und Netzwerk von NGOS.

⁸ Die Tabelle fast die Zahlen für jene Zusammen, die mehr Zusammenarbeit für entweder sehr gut oder gut halten. Die repräsentative Umfrage wurde im Januar-Februar 2002 durchgeführt. IDEA, South Eastern Europe: New Means for Regional Analysis, <http://www.idea.int/balkans/index.htm>

	Staaten	Territoriale Autonomien & Regionen	Städten & Gemeinden	NGOs
Staaten	Regionale Organisationen (CEI, Stab. Pakt, SECI) Bilaterale Verträge	Regionale Organisationen (AlpeAdria, ARGE Donauländer)	Förderung von Oppositionsstädten in Serbien (Oil, Education, Asphalt for Democracy)	staatliche Förderung von NGOs (USAID, GTZ, etc.)
Territoriale Autonomien & Regionen		Euroregionen (DMTK)		
Städte & Gemeinden			Städtepartnerschaften	
NGOs				NGO Netzwerke

Tabelle 3: Verschiedene Optionen Regionaler Kooperation

Intergovernmentale Regionale Organisationen

Die Gruppe intergovernmentaler Kooperation umfasst eine Vielzahl von Organisationen, die meist im Verlauf der neunziger Jahre in der Region entstanden sind. Neben Organisationen, deren Mitgliedschaft auf die Region beschränkt ist (SECI, SEECP), gehören auch Organisationen, die einen weiteren Mitgliedskreis umfassen (BSEC, CEI). Während diese Organisationen eine wichtige Rolle als Forum für Diskussionen zwischen Staaten der Region gespielt haben, ist deren institutionelle und inhaltliche Wirkung bisher äußerst beschränkt geblieben und blieb meist auf die deklarative Ebene beschränkt.

Subnationale Regionale Organisationen

Der Zusammenschluss von Regionen innerhalb der Staaten der Region und zu Regionen von Drittstaaten zu grenzüberschreitender Kooperation blieb in den neunziger Jahren beschränkt. Die einzige wichtigere Organisation ist die AlpeAdria Arbeitsgemeinschaft (gegründet 1978), der allerdings in Südosteuropa Staaten (Kroatien, Slowenien) angehören und nur die anderen Teilnehmer Regionen umfassen (Bayern, vier österreichische Bundesländer, vier ungarische Komitate, vier italienische Gebiete und das Tessin). Die Zusammenarbeit in der Organisation konzentriert sich überwiegend auf Tourismus und Umweltschutz, obwohl u.a. auch eine Arbeitsgruppe für ethnische Minderheiten besteht. Neben der AlpeAdria Zusammenarbeit besteht auch eine Gruppe von Donauanrainern, die Arbeitsgemeinschaft Donauländer (gegründet 1990), die die Anrainerregionen der Donau von Deutschland bis zur Ukraine zusammenfasst, sowie Kroatien und Serbien insgesamt umfasst.

Eine weitere regionale Zusammenarbeit nach Vorbild der westeuropäischen Euroregionen entstand 1997 als Danau-Kris-Mures-Tisza Euroregion (DKMT) zwischen Gemeinden Rumäniens, Ungarns sowie der Region Vojvodina entstand. Der Kosovo-Krieg hat den Aufbau der Organisationen jedoch verzögert, so dass sich die Kooperation noch in den Kinderschuhen befindet.

Neben diesen Organisationen regionaler Zusammenarbeit besteht die Initiative des East-West Instituts eine Zahl weiterer regionaler Kooperationen zu etablieren.⁹ In diesem Rahmen wird

⁹ Siehe <http://www.iew.org/>

eine Kooperation im südlichen Adria-Raum (Kroatien, Bosnien, Montenegro) und um den Prespa See (Griechenland, Albanien und Mazedonien) angestrebt. Das Institut arbeitet weiterhin an dem Aufbau regionaler Kooperation im Raum Skopije-Niš-Sofija, sowie im Gebiet der Sava-Drau-Donau (Kroatien, Bosnien, Serbien).

Ein Hindernis in der Entwicklungsmöglichkeit einer engeren Zusammenarbeit auf der substaatlichen Ebene ist neben den Kriegen und Konflikten der nach wie vor hohe Grad an Zentralismus in den meisten Staaten der Region. Fehlende Regionalisierung und die Abwesenheit von starker lokaler Selbstverwaltung erschweren die Kooperationsmöglichkeiten.¹⁰ Zudem kommt erschwerend hinzu, dass oftmals nur wenig Tradition von grenzüberschreitenden Kontakten besteht, abgesehen von Regionen, die nur durch die neuentstandenen Grenzen geteilt wurden.

Zwischenstaatliche Freundschaftsverträge

Im Verlauf der neunziger Jahre wurden in Mittel- und Osteuropa zahlreiche bilaterale Verträge zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen abgeschlossen, so zwischen Ungarn und Rumänien (1996) und der Slowakei (1995). Neben anderen Aspekten bilateraler Beziehungen steht in den Abkommen der Schutz der Minderheiten im Vordergrund. Bilaterale Verträge haben gerade im Bereich des Minderheitenschutzes oftmals sog. „soft law“ rechtsverbindlich werden lassen. Da oftmals Widerstand gegen regionale Kooperation auf den schwierigen Verhältnissen von zwei Staaten/Territorien beruht (Kosovo-Serbien, Bosnien-Serbien), kann die Herstellung von bilateralen Beziehungen eine Vorstufe engerer regionaler Kooperation darstellen. Die Erfahrungen bilateraler Schulbuchkommissionen und ähnlicher Instrumente, die zwischen Deutschland und Österreich und ihren östlichen Nachbarn eingerichtet wurden, können ähnlich eine Modellwirkung besitzen.

Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften sind in großer Zahl nach dem 2. Weltkrieg in Westeuropa entstanden. Nach Ende des Kalten Krieges haben sich die Partnerschaften auch verstärkt auf Osteuropa ausgedehnt. Insgesamt bestehen heute mehr als 15.000 Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden im Rahmen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (R.G.R.E.).¹¹ Neben konkreten Kooperations- und Hilfsprojekten im kommunalen Bereich sollen diese Partnerschaften europäischen Integrationen fördern.

Zusätzlich zu bestehenden Partnerschaften zwischen Städten in Westeuropa und im ehemaligen Jugoslawien ist auch der Ausbau von Städtepartnerschaft innerhalb der Region denkbar. Dies könnte dazu beitragen Kontakte auf einer lokalen Ebene (wieder-)herzustellen.

Segmentale Zusammenarbeit

Während sich die zuvor dargestellten Kooperationsformen nach den Territorien der Zusammenarbeit gliedern bestehen weiterhin Kooperationen auf der Ebene von spezifischen Sachfragen. Diese Zusammenarbeit kann entweder zwischenstaatlich durch jeweilige Fachministerien stattfinden, wie beispielsweise die gemeinsame Verbrechensbekämpfung, oder durch andere Akteure, wie z.B. die Donaurektorenkonferenz.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke

Kaum eine Gruppe von Akteuren in Südosteuropa ist enger vernetzt wie Nichtregierungsorganisationen. Diese Netzwerke bestehen oftmals auf informeller Ebene und haben sich aus drei Gründen entwickelt: (1) die politische und gesellschaftliche Marginalisierung von NGO in den eigenen Ländern in den 1990iger Jahren hat Netzwerk

¹⁰ Mangelnde Kommunikation, beispielsweise die Abwesenheit einer ausreichenden Zahl an Grenzübergängen, ist häufig ein wichtiges Hindernis.

¹¹ <http://www.ccre.org/>

notwendig werden lassen; (2) da die Organisationen großteils durch westliche Stiftungen und Regierungen gefördert werden, wurde Zusammenarbeit früher angeregt als in anderen Bereichen, weiterhin fanden regionale Konferenzen und Treffen statt, die Kontakte hergestellt haben; (3) NGOs haben sowohl inhaltlich, wie auch aufgrund des persönlichen Hintergrundes der Aktivisten, oftmals Übereinstimmung gefunden.

Die Fortführung zivilgesellschaftlicher Netzwerke ist von Bedeutung, da die Erfahrung vergangener Jahre gezeigt hat, dass in den meisten Ländern der Region ein reger Austausch zwischen NGOs und Politik stattfinden kann. Teilnehmer an zivilgesellschaftlichen Initiativen können somit mittel- oder langfristig als politische Akteure die Erfahrung regionaler Kooperation auf staatlicher Ebene umsetzen. Ein sich hieraus ergebendes Problem ist jedoch, dass die Förderung von NGO Netzwerken oftmals sehr elitär gestaltet war bzw. ist, da ein relativ kleine Gruppe von Aktivisten davon profitieren konnten, dies jedoch oftmals zu einer Distanz zwischen NGOs und der Bevölkerung führte.

Welche Art der Kooperation gilt es zu fördern?

Um in Anbetracht dieser Ergebnisse regionale Kooperation in der Region zu stärken, gilt es folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Kooperation in Bereichen mit sichtbaren Vorteilen

Regionale Kooperation muss sichtbare Vorteile für die Bevölkerung bringen, die deutlich mit der Zusammenarbeit in Verbindung gebracht werden. Während die Existenz von regionalen Kooperationen, die in erster Linie als „talk shop“ bestehen, durchaus berechtigt ist, muss eine Balance zu Organisationen und Kooperationsformen gefunden werden, deren Arbeit konkrete und sichtbare Resultate mit sich bringt.

2. Kooperation muss transparenter und bekannter werden

Da sich regionale Kooperation als ein komplexes Netzwerk verschiedener Kooperationsformen gestaltet, wird es schwierig sein einen hohen Grad an Bewusstsein dieser Zusammenarbeit in der Bevölkerung zu erreichen. Zugleich müssen einige Kooperationen breiteren Bevölkerungsschichten vertraut gemacht werden und deren Vorteile müssen über die gesellschaftlichen Eliten hinaus dargelegt werden. Solange „nationale Belange“ Wahlen gewinnen und Kooperation nur in Hinblick auf Kontakte zur internationalen Staatengemeinschaft unternommen werden, wird auch die Bereitschaft zu weiterer Kooperation und Integration beschränkt bleiben.

3. Kooperation muss stärker aus subnationaler Ebene gestaltet werden

In der Vergangenheit hat sich westliche Unterstützung und regionale Kooperation zu stark auf die Zentren der Region konzentriert. Subnationale Kooperation jenseits der Hauptstädte kann den Druck auf Dezentralisierung in der Region erhöhen. Weiterhin haben die Zentren der Länder und Region oftmals disproportional von Kooperation und westlicher Hilfe profitiert, während periphere Regionen, insbesondere in Grenzübereichen, kaum in den Genuss von Kooperation und Förderungen gekommen sind.

4. Kooperation muss innerhalb der Länder eine Breitenwirkung entfalten

Solange Kooperation nur eine kleine Elite einschließt, wird sie von begrenzter Wirkung bleiben. Es wird nötig sein den Teilnehmerkreis bedeutsam zu erweitern um das Bewusstsein in der Bevölkerung zu vergrößern. Dies muss die Ausweitung des kleinen Kreises jener beginnen, die an den verschiedenen Foren regionaler Kooperation teilnehmen. Weiterhin müssen Strukturen entstehen, regionaler breite Wurzeln verleihen, wie z.B. die Schaffung von regionalen Äquivalenten zum deutsch-französischen Jugendwerk.

5. Förderung subnationaler Kooperation durch die EU und Mitgliedsländer

Gerade auf subnationaler Ebene fehlte oftmals Geld und Erfahrung in der Errichtung effektiver Kooperationsformen. Hier gilt es sowohl einen Ressourcen-, wie auch einen Erfahrungstransfer von Westeuropa herzustellen. Während finanzielle Hilfe gerade in der Anfangsphase eine wichtige Rolle spielt, muss verhindert werden, neue finanzielle Abhängigkeiten, wie sie bereits in anderen Bereichen bestehen, zu verhindern.

ANHANG: Regionale Kooperationen auf subnationaler Ebene

Mitglieder der Arge Donauländer

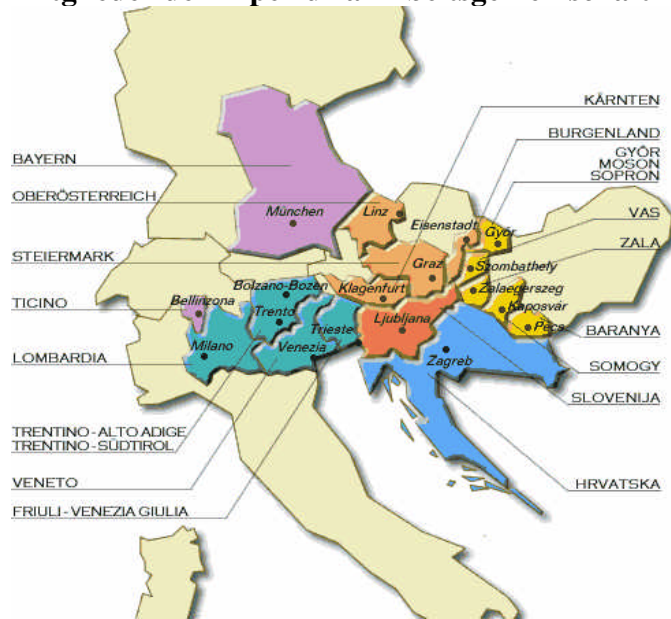


Internet Adresse: <http://www.argedonau.at/>

Raumordnung und Umweltschutz	Wirtschaft und Tourismus	Kultur und Wissenschaft	Jugend und Sport	Verkehr und Schifffahrt
------------------------------------	-----------------------------	----------------------------	---------------------	----------------------------

Arbeitskreise der ARGE Donauländer

Mitglieder der AlpeAdria Arbeitsgemeinschaft



Internet Adresse: http://www.alpeadria.org/attivita/attivita_d.htm

Raumordnung und Umweltschutz	Wirtschaft, Verkehr und Fremdenverkehr	Kultur und Gesellschaft	Gesundheit und Soziales	Land- und Forstwirtschaft
------------------------------------	--	----------------------------	----------------------------	------------------------------

Fachgruppen von AlpeAdria

Mitglieder der DKMT Euroregion



Internet Adresse: <http://dkmt.regionalnet.org/>

Wirtschaftsbeziehungen	Infrastruktur und Kommunikation	Umweltschutz	Tourismus	Wissenschaft, Kultur, Bildung, Zivilgesellschaft, Gesundheit,
------------------------	---------------------------------------	--------------	-----------	--

				Sport
--	--	--	--	-------

Kooperationsgebiete der Euroregion DMTK